

Rede von Britta Ernst in der Bürgerschaftssitzung vom 18.11.2009

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich denke, dass in der Stadt eine Einigung darüber besteht, dass nach der großen Anzahl von Stimmen, die auf das Volksbegehren „Wir wollen lernen“ entfallen sind, wir alle nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen.

Mein Eindruck nach den Reden ist, dass das noch nicht alle hier verstanden haben, und deshalb möchte ich hier dafür werben.

Ich glaube in der Tat, dass diese hohe Stimmenzahl bedeutet, dass wir an einem Scheideweg stehen. Wir können entscheiden, ob es in dieser Stadt eine Schulpolitik gibt, die breit getragen wird, oder ob es eine Schulpolitik gibt, die im Streit gegen eine breite Mehrheit durchgesetzt wird.

Ich möchte dafür werben, dass dieses Parlament sich daran beteiligt, dass Schulpolitik von einer großen Mehrheit in dieser Stadt getragen wird.

Die Rednerinnen und Redner von GAL und CDU und auch Sie, Frau Senatorin Goetsch, haben auf den Beteiligungsprozess verwiesen, den Sie durchgeführt haben, und ich gestehe Ihnen auch zu, dass vieles davon richtig war.

Dennoch müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie viele in dieser Stadt nicht erreicht oder nicht angesprochen haben. Und Sie haben hier eben auch für Ihre Schulreform wiederholt die Argumente gebracht, die wir alle kennen. Ich glaube, diese Argumente sind in der Stadt nicht nur nicht gehört worden, sie werden von vielen nicht getragen, und damit müssen Sie sich auseinandersetzen.

Ich habe es irritierend gefunden, dass sich dieser schwarz-grüne Senat dem direkten Gespräch mit der Initiative verweigert hat, und ich habe es auch irritierend gefunden, Herr Bürgermeister, dass Sie sich persönlich degradierend verunglimpfend über die Eltern geäußert haben, die diese Initiative unterstützt haben. Ich glaube, dass dies nicht klug war; das sind Eltern, die sich in Sorge um Ihre Kinder in den letzten Monaten in der Schulpolitik eingesetzt haben.

Ich glaube, all dies zeigt, dass Sie in Ihren politischen Einschätzungen falsch lagen, und dass jetzt ein Zeitpunkt ist, wo Sie zur Besinnung kommen sollten, statt den eingeschlagenen Weg in dieser Art und Weise weiterzugehen. Dafür möchte ich ausdrücklich werben. Letztlich würde ich soweit gehen und sagen, dass gerade die Politik, die GAL und CDU hier gemacht haben, diesem Volksbegehren den Weg geebnet haben, vielleicht wäre er vermeidbar gewesen, aber das ist etwas, was Sie intern diskutieren müssen.

Ich möchte aber noch einmal auch für unsere Volksgesetzgebung werben. Sie springen jetzt ins nächste Jahr und sagen, es sei gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger endlich abstimmen können. Unsere Volksgesetzgebung besteht aber nicht nur aus dem Volksbegehren, das hier erfolgreich war, und dem Volksentscheid, der sich anschließt, sondern unsere Volksgesetzgebung hat im Kern eine Verhandlungsphase zwischen Volksbegehren und Volksentscheid. Ich finde es falsch, dass darüber von Ihnen nicht gesprochen wurde. Ich weiß, dass diejenigen, die die Volksgesetzgebung auf den Weg gebracht haben, dies ausdrücklich begrüßt haben, und es haben auch Vertreter von GAL und CDU mit entschieden, dass die Volksgesetzgebung nicht einen Automatismus zu einem Volksentscheid beinhaltet, sondern dass es ausdrücklich die Möglichkeit gibt, dass sich das Parlament

oder die Regierungsmehrheit verständigt. Ich finde es fatal, wenn über diesen Punkt gar nicht diskutiert wird.

Herr Bürgermeister, Sie selbst sind 2004 auf das erfolgreiche Kita-Volksbegehren zugegangen, und wir haben hier im Parlament wesentliche Bestandteile der Kitareform gemeinsam beschlossen. Wir haben vor gar nicht langer Zeit nach einem erfolgreichen Volksbegehren hier über das Wahlrecht diskutiert. Auch dies wurde nicht über einen Volksentscheid entschieden, sondern es haben sich sogar alle Parteien hier in der Bürgerschaft mit der Initiative verständigt. Ich möchte deutlich sagen, was für das Wahlrecht gut war, kann für die Schulpolitik nicht falsch sein, und deshalb muss dieser Weg auch hier gesucht werden.

Ich möchte noch einmal appellieren, dass es bei der Akzeptanz des Schulwesens nicht um irgendetwas geht. Wir haben in Deutschland schon die besondere Situation, dass wir nach wie vor eine hohe Akzeptanz des öffentlichen Schulsystems haben. Wir erfahren an vielen Stellen, dass diese Akzeptanz bröckelt. Aber dies ist ein viel zu hohes Gut, mit dem nicht leichtfertig umgegangen werden darf, und ich denke, dass alle Parteien ein Interesse daran haben, dass die übergroße Mehrheit aller Eltern sich für eine öffentliche Schule entscheidet als wichtigen Beitrag auch für das Gemeinwesen unseres Landes. Deshalb ist es wichtig, das Gespräch zu suchen.

Ich finde ganz ausdrücklich, dass Niemand in solche Gespräche hineingehen kann mit vorgefertigten Vorstellungen über die Ergebnisse. Das kann nicht so sein. Jeder wird Abstand nehmen müssen von ursprünglichen Ideen. Das finde ich ganz selbstverständlich. Aber nicht einmal den Versuch zu unternehmen, zu einem breiten Konsens zu kommen, würde ich für einen großen historischen Fehler halten, und mein Appell ist, diesen Fehler nicht zu machen.

Herr Bürgermeister, Sie sind herausgefordert, zum Wohle der Stadt hier einen Konsens zu suchen, und ich wiederhole, die SPD ist bereit, bei diesem Prozess zu helfen. Vielen Dank.